

**Interview.** Die Wehrpflicht sei „überholt“, die Unis bräuchten dringend zwei Milliarden, das Volk solle auch über die Schulpolitik befragt werden: Hannes Androsch im SN-Gespräch.

ANDREAS KOLLER

Warum die direkte Demokratie ein Mittel ist, die „Lähmung“ in der Bildungs-, Sicherheits- und sonstigen Politik zu überwinden, verriet den SN der Industrielle und ehemalige Vizekanzler Hannes Androsch.

**SN:** Sie wollen die geplante Heeresvolksbefragung durch eine Volksbefragung über die Bildungspolitik ergänzen. Woher plötzlich diese Liebe zur direkten Demokratie?

**Androsch:** Grundsätzlich bin ich gar nicht ein so großer Anhänger der direkten Demokratie. Aber wenn Sie in Parlament und Regierung Lähmung vorfinden, ist die direkte Demokratie möglicherweise ein Mittel, diese Lähmung zu überwinden. Das war ja auch der Grund, warum wir ein Bildungsvolksbegehren durchgeführt haben. Dabei haben wir einiges erreicht, aber den Durchbruch nicht geschafft.

**SN:** Weil das Volksbegehren im Parlament abgewürgt wurde.

**Androsch:** Es hat sich gezeigt, dass im Parlament größte Übereinstimmung herrschte. Aber man ließ unsere Anliegen abperlen mit dem Hinweis: „Wir müssen Bedacht nehmen auf die gegebenen Machtstrukturen.“

**SN:** Was wollen Sie denn bei der Bevölkerung abfragen an bildungspolitischen Themen?

**Androsch:** Vor allem das Thema Ganztagsbetreuung/Ganztagschule mit allem, was dazugehört: Vor allem eine Straffung der Schulorganisation, damit es nicht dabei bleibt, dass nur jeder zweite Euro für die Bildung tatsächlich im Unterricht ankommt. Wir haben seit 1964 eine Halbierung der Geburtenzahl. Wir haben seit 1970 eine Reduktion der Schülerzahl um fast 20 Prozent – und wir haben fast eine Verdoppelung der Lehrerschaft. Und dennoch funktioniert das System hinten und vorn

# „Ein Mittel gegen die Lähmung“



Hofft auf Koalition „mit großer Handlungsbereitschaft und -fähigkeit“: Hannes Androsch, Citoyen.

Bild: SN/APA PICTUREDESK/BARBARA GINDL / APA / PICTUREDESK

## Zur Person

### Industrieller aus rotem Adel

Hannes Androsch, im Vorjahr Initiator des Bildungsvolksbegehrens, strotzt wieder vor Aktivität. Er hilft der SPÖ bei ihrer Kampagne für ein Berufsheer und tritt gleichzeitig für eine Volksbefragung zu bildungspolitischen Themen ein. Androsch, geboren 1938, entstammt alten Floridsdorfer SPÖ-Adel. Noch vor seinem 30. Geburtstag zog er in den Nationalrat ein. 1970 machte ihn Bruno Kreisky zum Finanzminister, später auch zum Vizekanzler, sein Aufstieg zum Bundeskanzler schien nur eine Frage der Zeit. Doch 1981 schied Androsch im Krach mit Kreisky aus der Politik, wurde Generaldirektor der CA und später Industrieller. Ganz hat er der Politik nie entsagt. Er ist unter anderem Aufsichtsratschef des Austrian Institute of Technology (AIT), Senatsmitglied der Akademie der Wissenschaften, Chef des Forschungsrats und Uni-Rat-Chef von Leoben.

nicht. Wir leisten uns Kleinstkindergärten und Kleinstschulen mit schlechter Verkehrsanbindung. Auf der anderen Seite haben wir zu große Klassen, und es fehlen Sonderpädagogen, Unterstützungslehrer, Psychologen – also all das, was in anderen Ländern ganz selbstverständlich ist. Es ist kein Zufall, dass Österreich bei allen Bildungsrankings zurückfällt

**SN:** Wären auch Studiengebühren ein Teil Ihrer Volksbefragung?

**Androsch:** Ja, aber in einer anderen Formulierung. Wir haben in Österreich teilweise sehr hohe Kindergartengebühren, wir haben Privatschulen mit Schulgebühren, wir haben Fachhochschulen mit Studiengebühren und mit Zugangsbeschränkungen – und wir haben die Misere an den Universitäten mit überlaufenen Fächern. Die Universitäten sind seit vielen, vielen Jahren unterfinanziert. Das Leistungsangebot stimmt nicht. Gleichzeitig ist die Studienförderung ungenügend.

**SN:** Diese Meinung vertritt auch Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller.

**Androsch:** Ich kann mich den Äußerungen der Landeshauptfrau nur anschließen. Unser System ist ja auch vom Output betrachtet unbefriedigend. Wir haben viele Immatrikulierte, die gar nicht studieren. Mit dem Ergebnis, dass nach zehn Jahren nur die Hälfte der Studierenden einen Abschluss hat. Wenn man also das System zeitgemäß verbessert, ein die soziale Durchlässigkeit förderndes Stipendienwesen einführt, dann kann man zwecks Unterstützung des Zugangsmanagements Studiengebühren vorsehen. Man darf aber nicht glauben, dass man damit die Finanzierungslücke überbrückt.

**SN:** Die Unis brauchen also viel mehr Geld.

**Androsch:** Es fehlen zwei Milliarden. Die kann man nicht mit 150 Millionen kompensieren.

**SN:** Sie stellen sich neuerdings als Testimonial für die Kampagne für ein Berufsheer zur Verfügung. Was spricht denn eigentlich gegen die allgemeine Wehrpflicht?

**Androsch:** Dass sie aus vielen Gründen überholt ist. Ich bin aufgewachsen als überzeugter Anhänger der Wehrpflicht. Die Wohnung meiner Eltern ist 1934 vom Bundesheer, das damals ein Berufsheer war, zerschossen worden. Geschossen hat damals aber auch die Polizei – und kein Mensch ist deswegen gegen die Berufspolizei. Eine allgemeine Wehrpflicht mit sechs Monaten Ausbildung ist heute militärtechnologisch nicht mehr zu handhaben. Auch dem Arbeitsmarkt tut die Wehrpflicht nicht gut. Man

muss aber eine Menge ändern, damit ein Berufsheer funktioniert. Man muss trachten, die richtigen Leute zu kriegen – und man muss sich überlegen, wie deren Karriereverläufe nach dem Bundesheer aussehen. Man wird wohl auch eine Bundesheer-Hochschule brauchen. Man braucht ein anderes Dienstrecht, und man muss Vorsorge treffen für Katastrophenschutz und professionellen Zivildienst.

**SN:** Inwiefern hat sich die Wehrpflicht überholt?

**Androsch:** Man muss sich vor Augen halten, dass wir unsere Sicherheit nicht mehr an der Grenze zu Slowenien oder Ungarn oder der Slowakei garantieren müssen, sondern im Tschad oder auf den Golanhöhen. Es geht um Rohstoff-sicherheit, um Transportwege, um Pipelines, um große Migrationsbewegungen. Darauf gibt die allgemeine Wehrpflicht keine Antwort.

**SN:** Welche Regierungsform würde Ihnen denn nach der nächsten Nationalratswahl vorschweben?

**Androsch:** Eine mit größerer Handlungsbereitschaft und -fähigkeit.

**SN:** Auf Parteien wollen Sie sich nicht festlegen?

**Androsch:** Ich hoffe, dass sich eine schwarz-blaue Koalition arithmetisch nicht ausgeht. Das hatten wir schon, und an den Folgen haben wir heute noch zu tragen, siehe Korruptionsausschuss. Eine Koalition aus mehr als zwei Parteien wird sich wohl noch schwerer tun als die jetzige Regierung. Rot-Grün wird sich, fürchte ich, rechnerisch nicht ausgehen. Daher wird uns schlussendlich nichts anderes übrig bleiben als eine hoffentlich effizientere SPÖ-ÖVP-Koalition, die aber nicht von außen gesteuert werden darf.

**SN:** Sie meinen: Von Landeshauptmann Pröll . . . ?

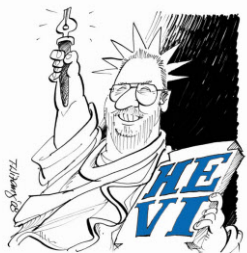
**Androsch:** Richtig.

**SN:** . . . und wohl auch nicht von Bürgermeister Häupl.

**Androsch:** Das gilt für beide Parteien. Bei allem Respekt vor Landeshauptleuten und Bürgermeistern darf nicht der Schwanz mit dem Hund wedeln. Das sage ich auch meinem Freund Michael Häupl.

**SN:** Sie sind sechs Jahre jünger als Frank Stronach. Warum gehen Sie nicht zurück in die Politik?

**Androsch:** Ich hatte meine Zeit als Amtsträger. „In der Politik“ kann man auch in anderer Weise sein. Eine funktionierende Politik braucht engagierte Citoyens. Ich habe weder die Absicht noch die Bereitschaft, wieder in ein politisches Amt zu gehen.



VIKTOR HERMANN

Im Bereich des persönlichen Lebens entwickeln sich Teile des Internets zu einer echten Plage. Wenn eine Behauptung über eine Person einmal in die Welt gesetzt wurde, verbreitet sie sich wie ein Lauffeuer und lässt sich weder einfangen noch stoppen.

In Deutschland wehrt sich jetzt eines der Opfer eines derartigen informationellen Steppenbrandes. Die Frau des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff, Bettina, klagt Google. Google schlägt nämlich bei je-

der Suchabfrage, die mit „Bettina Wulff“ beginnt, sofort die Zusatzsuche „Prostituierte“ vor. Das rührt daher, dass irgendwann ein boshafter Mensch das Gerücht in die Welt gesetzt hat, die Dame habe vor ihrer Ehe mit Christian Wulff in einem einschlägigen Etablissement gearbeitet.

Es fehlt zwar jeder Beweis für diese Behauptung (und selbst wenn es wahr wäre, ginge es niemanden etwas an), doch die boshaft verschwitzte Geilheit des Internetpublikums sorgt dafür, dass dieses Gerücht wohl in alle Ewigkeit weitertransportiert werden wird. Google behauptet, das sei halt der häufigste Abfrage-Zusatz, nach dem die Mehrheit der Google-User suche – was wiederum nicht unbedingt für die Gemeinde der Google-User spricht.

Man kann das Gedankenmodell aber durchaus weiterspinnen. Stellen wir uns vor, Google schließe bei der Suchabfrage nach österreichischen Politikern gleich vor, was den Leuten bei deren Namen so einfällt.

Bei „Werner Faymann“ schlägt Google vor: „Urlaub“, „Bilderberger“, „Inserate“, „Studium“. Wäre Googel ehrlich, müsste da stehen „Kanzlerstatue“ oder „seit dem Tod von Onkel Hans ratloser Politiker“.

Für Michael Spindelegger offeriert die Suchmaschine „Rede“, „Oerlikon“ und „Hinterbrühl“ statt „farbloser Mensch, der glaubt, er sei Parteichef“, oder „an den Fäden Erwin Prölls hängende Marionette“?

Zu Eva Glawischnig fällt der Suchmaschine nur ein verkapptes „Porsche“,

„Sommertour“ und seltsamerweise „Füße“ ein statt „grüne Raserin“.

Heinz-Christian Strache inspiriert Google immerhin zu „Auslieferung“, „Freundin“, „Nazi“ und „Graf“. Als Zusatz wäre in diesem Fall durchaus auch geeignet: „grottenschlechter Karikaturzeichner“, „heimlicher Wehrsportler“ oder doch lieber „unheimlicher Rassist“?

Aber vielleicht täte man dem kleinen Braunen, der sich immer noch als großer Blauer gebärden möchte, damit noch viel zu viel der Ehre an. Womöglich kommt er sonst noch auf die Idee sich wieder einmal mit irgendwem prügeln zu müssen.

**Ihre Meinung?**  
salzburger.com/hermann

## Wie viel Wahrheit steckt in Google-Suchanfragen?